

Editorial #13 – Die Umweltschützerinnen in Chile befinden sich in Gefahr und bedürfen dringend der Unterstützung

Von Ana Piquer – Exekutivdirektorin Amnesty International Chile, (15.7.2021)

Der amerikanische Kontinent ist die gefährlichste Region der Welt, wenn es darum geht, Land, Territorium und die Umwelt zu verteidigen.

Der größte Teil der Morde an Umweltschützern ereignet sich hier. In Chile könnten wir den Fehler begehen, uns zu entspannen und uns sagen, die Situation sei ja nicht so schlimm. Doch das würde bedeuten, wichtige Warnsignale zu übersehen: diejenigen, die die Erde, ihre Regionen und die Umwelt verteidigen sind in großem Maße Opfer von Belästigungen, Einschüchterungen, Überfällen (Tätliche Angriffe, Versuche, sie zu überfahren, unbefugtes Eindringen von bewaffneten Kräften in ihre Häuser etc.), von Bedrohungen bis hin zu Mordandrohungen.

Amnesty International arbeitet bereits seit Jahren auf diesem Gebiet. In dieser Zeit haben wir gesehen, dass dies im besonderen Maße Frauen betrifft, die sich im Umweltschutz engagieren, und dass dies häufig unbemerkt bleibt. Als wir wegen der Einschüchterungen von Rodrigo Mundaca begonnen haben, mit MODATIMA (Bewegung zur Verteidigung des Wassers, der Erde und zum Schutz der Umwelt) zu arbeiten, **lernten wir auch viele ähnliche Fälle von Einschüchterungen und Bedrohungen von Umweltschützerinnen kennen, praktisch alles Frauen.** Deshalb haben wir schon mit der Gründung von Mujeres Modatima (Frauen von Modatima) nicht gezögert, ihnen Unterstützung zu geben und sie als Vorreiterinnen der Bewegung sichtbar zu machen. So auch Verónica Vilches, Lorena Donaire, Carolina Vilches, die bereits seit Jahren alle Arten von Belästigungen erleben. Daneben haben wir noch ein anderes Muster aufgedeckt: Ihre Anzeigen werden von den staatlichen Stellen nicht gehört. So nehmen z. B. die Carabineros ihre Anzeigen erst gar nicht auf, weil sie die Identität der Angreifer nicht angeben können bzw. werden die Carabineros nach einem Anruf, dass es zu unbefugtem Betreten der Häuser gekommen ist, einfach nicht tätig.

Letzte Woche haben wir von zwei weiteren ernstern Vorkommnissen erfahren, die wiederum Umweltschützerinnen betreffen.

Der erste Fall betrifft **Marcela Nieto**. Sie ist Krankenschwester und arbeitet in Valparaíso, wohnt aber im Gebiet von Quintero- Puchuncaví. Seit 2018 beteiligt sie sich an dem Kampf um ihr Gebiet, prangert die gesundheitlichen Folgen der Verschmutzung in diesem Gebiet an und riskiert dabei ihre eigene Gesundheit. Seit dem 2. Juli, möglicherweise ausgelöst durch Videos, die sie öffentlich gemacht hat, hat sie mehrere Anrufe und bedrohliche Nachrichten erhalten. Zwei dieser Nachrichten, auf die sie auch geantwortet hat, waren ganz besonders ernst: **in der einen wurde ihr bedeutet, wenn sie den Kampf für die Umwelt nicht lassen**

würde, würde man sie umbringen; in der anderen Nachricht sprach man nicht vom Töten, sondern drohte ihr Vergewaltigung an. Sie hat bereits eine Anzeige bei der PDI aufgegeben, jedoch noch keine Antwort erhalten, auch nicht von der Staatsanwaltschaft. Es ist zu betonen, dass gerade die letzte Bedrohung eine schwerwiegende geschlechtsspezifische Diskriminierung enthält, eine Form der Einschüchterung, der sich viele Frauen und Menschen der LGBTI+ ausgesetzt sehen, die die Menschenrechte oder den Schutz der Umwelt verteidigen.

Das zweite Vorkommnis betrifft erneut **Verónica Vilches**, Aktivistin von *Mujeres Modatima*. In der Nacht vom 9. Juli wurde **das Auto, das ihrer Mutter gehörte, angezündet und vollständig zerstört, nur wenige Meter von ihrem Haus entfernt. Die Carabineros haben bereits einen Anschlag ausgeschlossen. Sie stuften es als möglichen elektrischen Defekt ein, ohne dass ein Gutachten vorgelegt worden wäre, dass das bestätigt.** Sie wurde bereits am 11. Juli zu einer Aussage bei der PDI eingeladen, wo sie darauf hingewiesen wurde, dass es keinen Bericht der Feuerwehr gegeben habe und dass die Carabineros dabei bleiben würden, dass es sich um einen elektrischen Defekt gehandelt habe. **Da sie jedoch in den letzten Monaten auch zwei Morddrohungen erhalten hat, ist es unverständlich, dass die Möglichkeit einer Attacke von vornherein ausgeschlossen wird.**

Diejenigen, die sich für den Schutz der Erde, der Regionen und der Umwelt einsetzen, setzen sich in Chile vielen Risiken aus. Frauen, die dies tun, umso mehr. Es ist an der Zeit, dass die Behörden ihnen zuhören. Dass die Regierung dem Abkommen von Escazú beitrifft, dass die Generalstaatsanwaltschaft spezifische Handlungsanweisungen für den Umgang mit Menschenrechts- oder Umweltverteidigern entwickelt, dass regionale und lokale Staatsanwaltschaften mit Eifer gegen diese Angriffe ermitteln und die notwendigen Schutzmaßnahmen ergreifen, und dass die Polizei sie mit der nötigen Ernsthaftigkeit behandelt.

Die Straffreiheit angesichts dieser Art von Übergriffen führt nur dazu, dass sie sich wiederholen oder eskalieren. Und gerade dies dürfen wir nicht weiterhin zulassen.